

# **Antrag an den Bundesparteitag in Cottbus**

**AntragstellerInnen: Bundesarbeitsgemeinschaft Lisa, u. a.**

## **Antragstext:**

### **Für eine emanzipatorische Familienpolitik der Partei DIE LINKE**

Die Konservativen verfolgen ein Familienkonzept, das von der realen Entwicklung des Kapitalismus täglich zerstört wird. Auf die veränderte Lage und auf die Wünsche von Frauen nach Erwerbstätigkeit und Eigenständigkeit reagiert die modernisierte Familienpolitik der CDU, personifiziert durch Ursula von der Leyen. Ihre Politik richtet sich vorwiegend an die gut ausgebildeten und hoch qualifizierten Frauen, die in ihrer Karriere gehandicapt sind, an gläserne Decken stoßen und an der Rückkehr in den Beruf nach der Familienphase scheitern. Sie fordert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nimmt aber billigend in Kauf, dass sie rücksichtslos dazu beiträgt, die arbeitslosen, geringer qualifizierten, armen und älteren Frauen, deren Chance auf dem Arbeitsmarkt gering ist, abzuhängen.

Aber die CDU erhält Gegenwind aus klerikalen, auch aus neokonservativen eigenen Reihen. Diese antworten mit einer Renaissance der Familie. Sie sprechen innige Gefühle an, Wünsche nach Geborgenheit, Zuwendung, Liebe, Sicherheit, Anerkennung, um ihre verbissene Weltsicht von vor 1968 durchzusetzen, als die Familie noch in Ordnung schien, die Städte deutsch waren, Kinder gehorsam, die abendländischen Werte galten. Dafür haben die deutschen Neocons- sie kooperieren zunehmend auf europäischer Ebene - ein dichtes Netz an familienpolitischen Initiativen, Vereinen, Verlagen, Forschungsinstituten geflochten, in dem auch neoliberale Thinktanks wie die Bertelsmann-Stiftung auf Lebensschützer treffen, christliche Kreise auf die „Junge Freiheit“. Diese Lobby ist sehr einflussreich. Sie erreicht Massenmedien, Parteien, sie beeinflusst die Politik von der Kommune bis zum Bundestag. Ihre wichtigsten Argumente und Forderungen: Die Familie sei die Keimzelle des Staates und der Gesellschaft. Sie soll in die Lage versetzt werden, die Sorge- und Erziehungsarbeit privat in der Familie zu leisten. Doch dazu sei die Familie immer weniger in der Lage, sie sei benachteiligt, werde ausgebeutet; Kinder bräuchten in den ersten Jahren die häusliche Erziehung, „Fremdbetreuung“ schade ihnen; wir bräuchten einen Familienlastenausgleich entweder in Form von drastischen Steuervergünstigungen für Familien oder einem Familiengeld oder einem Erziehungsgehalt, auf das Steuern und Sozialabgaben erhoben werden - es variiert je nach Organisation und Partei zwischen 1000 und 1600 Euro in den ersten Lebensjahren des Kindes -, oder eine Kombination von allem.

Die konservativen Familienkonzepte haben reale Kerne. Kinder sind ein Armutsrisiko, in Deutschland wächst jedes achte Kind in Armut auf. Altersarmut kehrt zurück. Diese Entwicklungen empören DIE LINKE. Aber wir ziehen daraus andere Schlussfolgerungen als die Konservativen, wir entwickeln Alternativen. In der allgemeinen wie in der Familienpolitik will DIE LINKE eine Adresse sein gegen die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienste und für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.

### **Deshalb stellen wir unmissverständlich unsere Position klar:**

- Für DIE LINKE ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig von Trauschein, sexueller Orientierung oder der Form, in der sie zusammenleben, ob in Ehe, Verwandtschaften, Wahlverwandtschaften, Wohngemeinschaften oder Kommunen. Nicht die Form der Ehe soll steuerlich oder durch Zuwendungen privilegiert, sondern die Rechte aller sollen gestärkt werden, die füreinander Verantwortung tragen. Solidarität für Familien heißt für DIE LINKE individuelle und öffentliche Sicherungen für alle Beteiligten.

- DIE LINKE fordert eine eigenständigesoziale Sicherung für alle Familienangehörigen einschließlich einer eigenen sozialen Grundsicherung für Kinder. Hinzu kommen Ausbau und Qualifizierung sozialstaatlicher Leistungen und einer öffentlichen Infrastruktur für Erziehung und Pflege.
- DIE LINKE setzt sich ein für das Recht der Kinder auf kostenlose, qualitativ hohe öffentliche vorschulische Bildung und Erziehung. Sie stellt keinen Widerspruch dar zu einem liebevollen Elternhaus, sondern ist eine notwendige Ergänzung für ein soziales Lernen und Erleben.
- DIE LINKE setzt sich ein für den massiven Ausbau kostenloser Ganztags-Angebote in öffentlichen Kitas für alle Kinder unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Kinder aller Schichten sollen in integrativen Kitas individuell betreut, angeregt und gefördert werden. Gemeinsam spielen und lernen mit Kindern aller sozialen und Bildungsniveaus, mit behinderten und nichtbehinderten Kindern, mit Kindern unterschiedlicher Religionen, mit und ohne Migrationshintergrund.
- DIE LINKE lehnt Vorstellungen ab, die nur oder vor allem auf die häusliche Erziehung von Kindern im Vorschulalter abzielen. Solche Vorstellungen unterdrücken die Rechte der Kinder auf eine öffentlich integrative soziale Vorschulbildung.
- DIE LINKE lehnt Vorstellungen ab, nach denen die Mutter oder der Vater nur oder überwiegend „Haus- und Erziehungsarbeit“ leisten soll. Solche Vorstellungen unterdrücken unter den gegebenen Bedingungen vor allem Frauen, die sich oft genug zwischen Kindern und Erwerbsarbeit entscheiden müssen.
- Aktuell setzt sich DIE LINKE ein für das gleiche Recht von Männern und Frauen, von Vätern und Müttern auf Erwerbsarbeit. Das gemeinsame Leben in der Familie, die Organisation des eigenen Haushaltes und das Sorgen für PartnerInnen und Kinder sind keine Erwerbsarbeit und sollen auch keine werden.
- DIE LINKE unterstützt den vielfältigen und andauernden Kampf der Frauen um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit.
- DIE LINKE setzt sich ein für eine Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit, nicht zuletzt damit Mütter und Väter, alle Menschen, die füreinander Sorge tragen, ausreichend Zeit in ihren Familien verbringen können.
- Ziel der LINKEN ist eine grundsätzliche Neubewertung und -verteilung aller Arbeiten. Individuen und Gesellschaft brauchen gleichermaßen Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, politische/gesellschaftliche Arbeit und ein Leben in Kultur, Bildung, Fortbildung, Genuss, auch das ist Arbeit.
- Für die Kindererziehung lehnt DIE LINKE ein Erziehungsgehalt oder andere Formen eines Lohns für Hausarbeit ab, weil es den berechtigten Anspruch der Frauen auf Erwerbsarbeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf untergräbt. Ein Erziehungsgehalt zwingt zudem ärmere Familien (Erwerbslose, Hartz-IV-EmpfängerInnen) zur häuslichen Kinderbetreuung zur Aufbesserung des Einkommens und beraubt ärmere Kinder um die Chance auf einen KITA-Besuch.
- DIE LINKE setzt sich ein für einen Ausbau der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und der Hilfe für Frauen. An Maßnahmen und Personal dafür ist in den letzten Jahren verantwortungslos gespart worden. Ehe neue Instanzen geschaffen werden, kommt es für DIE LINKE darauf an, dieses gewachsene Netz aus staatlichen, kommunalen, gesellschaftlichen, Organisationen der Selbsthilfe und freien Trägern zu stärken und wo nötig zu verändern
- DIE LINKE lehnt die Diskreditierung der Kinderkrippen und Kindertagesstätten ab. Behauptungen, sie würden Kindern schaden, gehen vollkommen an der Realität vorbei. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Bedingungen in den Kitas ein.

- DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Beschäftigten in Kindertagesstätten, insbesondere der Erzieherinnen nach Anerkennung ihrer Arbeit, nach angemessener Bezahlung und nach verbesserten arbeitsrechtlichen Bedingungen.
- DIE LINKE lehnt die Kommerzialisierung von Bildungs- und Erziehungseinrichtungen ab. Öffentliche Bildung und Erziehung sind keine profitorientierten Waren und dürfen deshalb auch nicht dem Markt überlassen werden. Sie gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge, auf die alle Kinder und ihre Familien einen Rechtsanspruch haben.

Wir fordern alle Gliederungen und Organe der Partei, Mitglieder und insbesondere Funktions- und Mandatsträgerinnen und -träger der Partei auf, die familienpolitischen Positionen der LINKEN zu vertreten und sich aktiv an der Kitakampagne der Partei zu beteiligen.

### **Antragsbegründung:**

Das politische Credo der Neokonservativen lautet: Private Eigenverantwortung statt öffentlicher Daseinsvorsorge. Statt Kinder, auch Mütter und Väter, in ihren je eigenen Lebensentwürfen und -phasen zu respektieren und ihnen den Rücken zu stärken, werden sie auf sich selbst verwiesen bzw. auf ihre Familie. Das ist der Hintergrund politischer Konzepte für finanzielle Anreize zur häuslichen Kindererziehung, etwa in Form eines Familiengeldes oder Erziehungsgehalts.

Ein Erziehungsgehalt der ein Familiengeld verhindert keine Kinderarmut: Nach derzeitig geltender Rechtslage würde eine solche Leistung als Einkommen auf Arbeitslosengeld II angerechnet werden und damit keine materielle Besserstellung einkommensschwacher Familien bedeuten. DIE LINKE setzt sich für eine elternunabhängige Grundsicherung für Kinder ein, die nicht als Einkommen auf Transferleistungen angerechnet werden darf.

Ein Erziehungsgehalt ist keine Lösung für Kinder mit Migrationshintergrund. Gerade diese Kinder sollten in öffentlicher und gemeinschaftlicher Erziehung frühzeitig in unsere Gesellschaft integriert werden.

Ein Erziehungsgehalt geht an den sozialen Problemen, die in unserer Gesellschaft herrschen, völlig vorbei. Die Erziehungsleistung der allermeisten Eltern unter immer schwierigeren Bedingungen verdient unseren Respekt. Um jedoch der steigenden Isolation von armen und ausgegrenzten Menschen zu begegnen, bedarf es der Fürsorge und Hinwendung sowie des Ausbaus präventiver Angebote in Sozial-, Bildungs- und Familienpolitik – und keiner restriktiven Maßnahmen oder gar Vorschriften, in welchem Abstand Frauen schwanger werden dürfen!

Die Große Koalition hat beschlossen, in der nächsten Legislaturperiode ein Familiengeld für die häusliche Betreuung von Kindern zu zahlen. CDU und CSU sehen das „Risiko“, dass dieses Geld auch Familien erhalten, die ihre Kinder nur vor den Fernseher setzen oder die Zuwendung versaufen. Wie sie dieser „Gefahr“ begegnen, haben sie vorerst offen gelassen. Sollen demnächst die Kinderzimmer staatlicher Kontrolle unterworfen werden? Noch ist Familienarbeit überwiegend Frauenarbeit. Hier und in allen anderen Bereichen wendet sich DIE LINKE gegen den patriarchalen Wahn, Frauen kontrollieren zu wollen: In ihrer Sorgearbeit, in ihrer Sexualität, ihrer Erwerbsarbeit etwa als Kassiererinnen oder in Vaterschaftstests zur Kontrolle ihrer ehelichen Treue.

### **UnterstützerInnen:**